

Kreistag Ravensburg: **Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2022**

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrter Herr Honikel-Günther, sehr geehrte Mitarbeiter*innen des Landratsamts, werte Kolleg*innen, liebe Gäste und Zuhörer*innen, liebe Mitbürger*innen im Landkreis Ravensburg,

eine Haushaltsrede Anfang Dezember 2021 zu halten, angesichts sich täglich oder gar stündlich neu darstellender Ereignisse und Verordnungen zum **Thema Corona** und ebenfalls bald täglich auflaufender Neuigkeiten und Botschaften rund um das **Thema Oberschwabenklinik (OSK)**, ist per se eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Bedeutet eine Rede doch mehr als nur eine weitere Alarmmeldung im unaufhörlichen Nachrichtenfluss, soll vielmehr eine **Standortbestimmung** mit Rückschau und Blick nach vorne sein, etwas, worauf mehr als nur wenige flüchtige Momente Verlass ist. Ich will für unsere Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dennoch versuchen, mit dem Folgenden eine zuverlässige **Geschäfts- und Arbeitsgrundlage** für das Jahr 2022 hier im Kreistag zu schaffen.

Ich möchte unsere Rede heute unter das Leitmotiv „**Zusammenhalt**“ stellen und hieraus die Forderung zum „**Handeln**“ ableiten, ganz auf der Basis **ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit**, gewissermaßen der DNA unserer Grünen Partei.

Die latent in unserer Gesellschaft längst vorhandenen **Fliehkräfte** hat das Corona-Virus unbarmherzig freigelegt. Der Verlauf des Jahres 2021 erscheint wie eine schwer steuerbare Fieberkurve. Nach einem hoffnungsvollen Start in **weltweite Impfkampagnen** im Januar folgte die scheinbare Rückkehr in das so heiß ersehnte Leben **wie früher und für** alle in den Sommermonaten, nun aber in diesem Spätherbst die bittere Erkenntnis, dass eine Impfquote um die 70% eben nicht wie anfangs behauptet eine **Herdenimmunität** und das Ende der Pandemie bedeutet. Mit voller Wucht ist die Krise zurück und trifft mittlerweile Geimpfte und Ungeimpfte in gleicher Weise, deren zum Teil krass unterschiedliche Befindlichkeiten uns alle auf eine harte Probe stellen. In diesem Moment gilt unser **ganz großer Dank** all denen, die sich unermüdlich und oft weit über ihre Kräfte hinaus in unserem Landkreis dem Kampf gegen Corona stellten, den Pfleger*innen und Ärzt*innen, den Verantwortlichen in den Gemeinden, den vielen Ehrenamtlichen und nicht zuletzt dem Team um unseren Ersten Landesbeamten Dr. Honikel-Günther, das nach dem Rückzug des Landes in kürzester Zeit zwei neue Kreisimpfzentren in Wangen und Weingarten aus dem Boden gestampft hat. Und wir sagen danke für jedes **geduldige und freundliche Wort**, das zwischen Menschen fällt, ob sie sich kennen oder nicht, denn es zeigt, dass wir in der Krise **zusammenhalten**.

Die weitere Entwicklung unserer Oberschwabenklinik hält uns seit etwa Mitte des Jahres in Atem. Während der Sommermonate drangen nur dürre Nachrichten aus dem Aufsichtsrat nach draußen, begleitet von schwer einzuordnenden **öffentlichen Stellungnahmen der Geschäftsleitung**. Der Druck rasant wachsender Verluste einzelner Häuser und unter dem Strich des gesamten Klinikverbunds, in Zahlen von vor kurzem noch 3 – 4 Mio. € jährlich auf jetzt geschätzte 12 – 13 Mio. €, mache sofortiges Handeln notwendig. Der **Umgang mit dem Personal**, dem alles entscheidenden Pfeiler für einen guten Betrieb der Kliniken, wurde von Betroffenen während der Vakanz offizieller Kommunikation nach außen **zumindest als höchstens suboptimal** berichtet.

Inzwischen ist der Kreistag auf der Bremse. Ein **zweites Gutachten** mit mehreren Optionen wird soeben beauftragt, der Kreistag will in angemessener Zeit eine zweite Meinung und zieht das Gesetz des

Handelns an sich. Die Optionen schließen notwendige Veränderungen, Anpassungen und Optimierungen der Klinikhäuser einschließlich des Umfelds nicht aus, sie nehmen bestehende ambulante Strukturen und die Notfallversorgung mit in den Blick. Unsere Grüne Forderung nach einer positiv gestalteten Mitnahme des Personals in die Veränderungen, nach einem **Change-Management**, tauchen im Aufgabenkatalog auf und verlängern sich auf die entsprechende Kommunikation in und mit den Medien sowie allen beteiligten Gremien. Die Überschrift **„Zukunftsprogramm Gesundheitsregion Oberschwaben“** macht Mut, wird hier doch endlich deutlich, dass es um die Gesundheit der Menschen in Oberschwaben geht und nicht alleine um die Finanzierbarkeit einer Apparatemedizin, bei der wir langfristig den städtisch-universitären Zentren immer unterliegen müssen. Nein, auch beim Thema OSK geht es um den **Zusammenhalt** des Landkreises und der Region, mit dem Charme seiner eher urbanen Zentren und seiner großen ländlich geprägten Fläche.

Eine **Zusammenarbeit der OSK mit kommerziellen Anbieter*innen** in der Region schließen wir Grüne nicht aus, werden aber genau darauf achten, dass sich die Partner*innen nicht die lukrativen „Rosinen herauspicken“, während wir uns den Mühen eines gesamtgesellschaftlichen Versorgungsauftrags stellen, z.B. in der Ausbildung der Pflegekräfte. Und wir fordern, im Sinne einer „Schmerzgrenze“ ehrlich und offen **einen Betrag zu beziffern**, den uns die Krankenhäuser **„in kommunaler Trägerschaft“** und die **„breit aufgestellten Gesundheitseinrichtungen“** Jahr für Jahr im Sinne eines öffentlichen Auftrags wert sein sollen. Ich habe übrigens gerade aus unserer „Vision“ Teile des Abschnitts **Zusammenhalt** zitiert. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Zweig der **Daseinsfürsorge** gibt es offensichtlich nicht mit einer schwarzen Null oder gar mit schwarzen Zahlen und nicht ohne die Hilfe von Land und Bund, weshalb sich der heutige Besuch des Gesundheitsministers unseres Landes Baden-Württemberg hier im Gremium sehr stimmig anfühlt. In gleicher Weise treffen wir hier im Landkreis, natürlich neben dem direkt gewählten Abgeordneten Kollege Axel Müller, Vertreter*innen aller drei die Ampel bildenden Parteien, einen davon sogar direkt im Gremium. Hilfe und Unterstützung auf der **politischen Schiene** für unseren anspruchsvollen Versorgungsauftrag sollten sie uns mittelfristig nicht verweigern können.

Ich komme zum zweiten Leitmotiv **„Handeln“**, nicht ohne den **Zusammenhalt** aus den Augen zu verlieren. Im ersten Halbjahr des Jahres 2021 haben alle Fraktionen, in konsequenter Fortsetzung der stellenweise mühsamen und schmerzhaften Vereinbarungen der **Haushaltsstrukturkommission**, Schritt für Schritt die **„Finanzierungsstrategie 2021 -2031“** erarbeitet, und diese hat der Kreistag im Sommer ganz mehrheitlich als Grundlage unseres Handelns in den nächsten zehn Jahren akzeptiert. Dieses „Jahrzehntpaket“ enthält alle auch aus unserer Grünen Sicht wichtigen Aufgaben des Landkreises, die großen Baumaßnahmen bei den Kreisschulen wie bei den Verwaltungsgebäuden, vor allem jedoch eine angemessene Berücksichtigung der Zukunftsaufgaben insbesondere bei der **Weiterentwicklung des ÖPNV** und dem **Querschnittsthema Digitalisierung**. Die Kreisumlage bleibt zunächst in 2022 bei sehr niedrigen 25% und steigt in der ersten Hälfte des Zehnjahresprogramms nur sehr moderat an, erst in der zweiten Hälfte nimmt sie etwas mehr Fahrt auf. Die flankierenden Finanzierungskomponenten der **OEW-Ausschüttung** und der **Grunderwerbssteuer** wurden in realistischer Weise mit aufgenommen, letztere bereits im vorliegenden Haushalt dem Immobilienboom entsprechend auf 24 Mio. € angepasst. Die beschlossene **Schuldenobergrenze von 105 Mio. €** wird jederzeit eingehalten, die Investitionen im Baubereich sind gewaltig und sicher nicht einfach Jahr um Jahr umzusetzen, weisen aber klar in die Zukunft. Beeindruckend fand ich, wie rasch und souverän das Team um Dezernent Franz Baur dem Wunsch nach einer Gesamtschau auch entlang unsicherer Zukunftsprognosen nachgekommen ist. Innerhalb weniger Tage lieferte es einen Korridor zwischen einem **„best-case“** und einem **„worst-case“** einschließlich variierender

Finanzierungsstrategien zwischen Kreisumlage und Verschuldung. Dafür von dieser Stelle nochmals ein Kompliment! Und da wir Grüne allen Krisen zum Trotz nicht wirklich auf einen „worst-case“ fixiert sind und sich die Rechnungsergebnisse traditionell erheblich besser als geplant darstellen, sind wir fest davon überzeugt, dass auch der einzig umstrittene Block künftiger und heute noch nicht absehbarer **Freiwilligkeitsleistungen** nicht starr auf dem aktuellen Stand kleben bleibt, sondern für notwendige **soziale Projekte** oder den erweiterten Einsatz im Kampf um die **Biodiversität** offen ist.

An dieser Stelle möchte ich mich angesichts der äußeren Umstände etwas kürzer fassen: das umfangreiche **Schulbauprogramm** des Landkreises ist unterwegs, und wir werden unsere Schulen auf den heute erwarteten **Stand der Digitalisierung** bringen. Dass das Bauen jetzt entlang unserem **Leitfaden „Nachhaltiges Bauen“** geschieht, freut uns Grüne sehr und wir erwarten, dass dieser Jahr für Jahr nachtariert wird. Für die digitale Ausstattung erwarten wir, dass das Konzept für Betrieb, Wartung und Support die Lehrer*innen vor Ort nicht zu selbstverständlich einsetzt und von ihren ureigentlich pädagogischen Aufgaben ablenkt und wir fordern dringend, beim Einsatz der jeweiligen Mittel darauf zu achten, dass die Schere zwischen **digitalnahen und digitalfernen** Schüler*innen nicht noch weiter aufgeht.

Für das **Bauernhausmuseum in Wolfegg** hoffen wir auf einen guten Neustart mit dem erhöhten Stellenumfang, diese Bildungseinrichtung des Kreises ist für uns Grüne auch eine gute Chance, das Thema Biodiversität in die Schulen zu tragen. Im Sinne einer besseren Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln plädieren wir dafür, das Bauernhausmuseum mit dem Bahnhof Wolfegg zu vernetzen, was nicht nur im Schulalltag, sondern auch bei den für die Finanzierung des Bauernhausmuseums so wichtigen großen Veranstaltungen guttäte.

In Zeiten anerkannt zunehmender häuslicher Gewalt, leider noch zusätzlich befördert durch die vielfältigen, auf Isolierung dringenden Maßnahmen gegen Corona, sind wir Grüne davon überzeugt, dass der sich darum kümmernde Verein „**Frauen und Kinder in Not**“ verstärkte und erhöhte finanzielle Unterstützung durch den Landkreis benötigt. Wir sind froh, dass nach einer Reihe von Gesprächen ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen – Stichwort wieder: **Zusammenhalt** – zustande gekommen ist, der für eine verbesserte finanzielle Ausstattung dieses und auch des Vereins „**Brennessel**“ sorgen wird. Und wir kündigen von dieser Stelle aus bereits an, dass wir bis zum Beginn des Jahres 2023 auch die dringend benötigte **Außenberatungsstelle** von „Frauen und Kinder in Not“ in Wangen aus ihrer wackeligen Finanzierung über Spenden herausholen und in eine feste, adäquate Bezuschussung seitens des Kreises bringen wollen. An dieser Stelle möchte ich meine Verwunderung nicht verhehlen, wie großzügig unser Gremium gerundete Millionenbeträge für Baumaßnahmen schluckt, während wir uns über mittlere fünfstellige Beträge, die aber für die Betroffenen wichtige Hilfe bedeuten können und gerade einmal die Rundungsdifferenzen bei den Millionen ausmachen, tüchtig die Köpfe heiß reden können.

Der Landkreis hat sich vor einigen Jahren entschieden, keine eigene Wohnbaugesellschaft zu gründen und zu betreiben. Dennoch sollte er unserer Ansicht nach bei diesem Thema nicht völlig passiv bleiben, sondern vor Ort, in den Gemeinden, den sich allmählich und sachte vollziehenden Wandel bei den gewünschten Wohnformen nach seinen Möglichkeiten begleiten und unterstützen. Letztlich sehen wir das in eine **Wohnraumoffensive des Landkreises** münden, bei der z.B. ein „**Sanierungslotse**“ als Ansprechpartner*in für Probleme rund um leerstehende oder im Wechsel begriffene Häuser bzw. Wohnungen gerufen wird oder als „**Leerstands-Scout**“ durch den Gang von Tür zu Tür leerstehenden Wohnraum erst einmal akquirieren kann. Nötig wäre dazu eine Personalstelle beim Landkreis, die im

Benehmen mit den Gemeinden aktiv wird, immer im Blick darauf, die Wohnraumnot in unserer Region aktiv und erst einmal flächenschonend anzugehen. Ein schönes Beispiel, wie Fördergelder des Landes gewonnen werden können, bietet das Projekt „Aus Alt mach 2 ... und mehr“ der Gemeinde Bodnegg bzw. des GVV Gullen, das umbauwilligen Hausbesitzer*innen **professionelle Beratung** kostenfrei vermittelt. Wir Grüne werden bei diesem wichtigen Thema im kommenden Jahr nicht lockerlassen, es wird sich etwas tun müssen!

Ich komme zu unserem urgrünen Anliegen, der **Ökologie** und den Fragen rund um den **Klimawandel**. Immer wieder bin ich hin und her gerissen zwischen Freude und Verlustangst, wenn ich sehe, dass sich plötzlich alle Parteien dieses Themas bemächtigen. Im Sinne von **Zusammenhalt** bei diesen Überlebensfragen des 21. Jahrhunderts entscheide ich mich für die Freude darüber, dass es bei allen hier versammelten Parteien und bei der Verwaltung angekommen ist und wir nach dem Reden zum **Handeln** übergehen wollen. Und ich möchte gewissermaßen im Vorspann an die Worte meiner Vorgängerin Liv Pfluger erinnern, die vor einem Jahr hier konstatiert hat, dass durchgreifende Maßnahmen bei einer schnell um sich greifenden Pandemie plötzlich möglich sind, bei einem aber um vielleicht den Faktor 10 langsamerem Klimawandel herrlich auf die lange Bank geschoben werden können. Ihre Feststellung gilt unverändert und fordert den gesellschaftlichen **Zusammenhalt** auf ganz besondere Weise heraus, in der Frage der Impfpflicht nur schneller und rabiater als beim Tempolimit auf unseren Autobahnen.

Sehen wir uns also um im Landkreis und freuen uns über Erfolge, über die Verleihung des von uns angestoßenen **fair-trade-Labels** und die ruhige und souveräne Arbeit unserer **Klimaschutzmanagerin** Kerstin Dold, über die erneute Goldzertifizierung des Landkreises im Geleitzug mit vielen Gemeinden im Rahmen des **European-Energy-Awards**, die beständigen Impulse aus unserer **Energieagentur** und das nimmermüde Antreiben durch deren Chef Walter Göppel. Sehen wir nach dem Beschluss unseres ÖPNV-Konzepts im März dieses Jahres, wie vier weitere zentrale **Schnell- und Regio-buslinien** in wenigen Tagen ihren Betrieb aufnehmen, vertaktet mit dem Start des **Elektrobetriebs** auf Süd- und Allgäubahn und puschen wir deren Akzeptanz durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit. Und seien wir zuversichtlich, dass eines nicht zu fernem Tages die Bahn, der Bund, das Land oder wer auch immer die im Aulendorfer Bahnhofsbereich fehlende Weiche einsetzen wird, um den **bodo-Ringzug** seine Runden drehen zu lassen.

Wir Grüne sehen den **Radverkehr** generell im Aufwind in unserer Region, Fahrräder und immer mehr E-Bikes sind nicht nur touristisch, sondern auch im **Berufsverkehr** unterwegs. Genau diesen Sektor müssen wir unterstützen, weshalb der Landkreis seinen ganzen Einfluss in die Waagschale werfen muss, um die Hauptachse, den **Radschnellweg** von Friedrichshafen nach Baidt zur Realisierung voranzutreiben. Dass nach der Einführung des Jobrads und einer erfolgreichen Teilnahme am Stadtradeln auch in die Umsetzung des **Radwegeprogramms** wieder Bewegung kommt, freut uns sehr. Die Umstrukturierung im **Verkehrsamt**, vor allem die zusätzliche Stelle bei der Rad- und Mobilitätsplanung samt einer 50%-Stelle zur juristischen Begleitung der Maßnahmen, sehen wir als Zeichen der Verwaltung, dass der „Ball“ der Mobilitätswende von uns und insgesamt aus dem Kreistag bei ihr angekommen ist. Bei der zügigen Nachbesetzung an der Spitze des Verkehrsamts wirken wir gerne im üblichen Maße mit und vertrauen auf ein „glückliches Händchen“ der Verwaltung. Mit diesem von Ihnen, Herr Honikel-Günther, versprochenen guten Team muss der Beschluss für den neuen **Nahverkehrsplan** im März im Kreistag fallen, wir erwarten, dass wir in dessen letzte Vorbereitungsphase nochmals eingebunden werden, nachdem andere Themen in den letzten Monaten leider diesen wichtigen Meilenstein für den ÖPNV überlagerten. Das Problem fehlender

Busfahrer*innen kann aus unserer Sicht auch über eine **Initiative des Jobcenters** unter Migrant*innen angegangen werden, sehr gerne mit einem höheren Anteil an Frauen als bislang üblich. Ohnehin wäre ein Umschulungs- bzw. Berufswiedereinstiegsangebot für jedermann/jederafrau und eine Kampagne zur **Imageverbesserung des Berufsbildes Kraftfahrer*in** ein wichtiger Baustein für die Gewinnung der notwendigen Fachkräfte bei unserer ÖPNV-Offensive.

Über die Frage, welches zeitliche Ziel sich der Landkreis zum Erreichen von **Klimaneutralität** für sich intern setzen soll, wurde dieser Tage im Ausschuss Umwelt und Mobilität (AUM) debattiert. Ein Vorziehen dieses Ziels von der üblichen Marge 2040 auf 2035 oder gar 2030 wurde weniger wegen des täglich geforderten Fuhrparks, sondern wegen des energetischen Zustands der kreiseigenen Gebäude als illusorisch bezeichnet. Nachdem aber das deutsche CO₂-Kontingent bei weiterem linearem Verlauf nur noch bis 2035 reicht, wollten wir alle das **Pariser Klimaziel der Erderwärmung um nur 1,5°** erreichen, sind wir hier im Landkreis für dieses Ziel bereits zu spät dran, wir haben unsere **Hausaufgaben zu spät angepackt**, als dass sie noch rechtzeitig fertig werden könnten. Wir müssen dies zunächst einmal ehrlich eingestehen, und uns dann mit Tempo ans Nachholen machen. Die Arbeiten an unseren **Kreishäusern** haben glücklicherweise bereits begonnen, uns ist es ganz wichtig, dass die Teams der IKP einschließlich der Spitze sehr rasch in guter Besetzung ihre Arbeit fortsetzen können, die entsprechenden Mittel sind bereitzustellen.

Für eine Klimaneutralität kreisweit werden neue **Photovoltaikanlagen** eine ganz entscheidende Rolle spielen, auf Dächern und insbesondere als **Freiflächenanlagen**, kombiniert mit den teils enormen Flächen, die wir bislang für das Parkieren und Lagern bereithalten. Wir Grüne unterstützen alle Initiativen auf diesem Gebiet und erwarten dies auch von der Kreisverwaltung, der nötige „Drive“ aus der Landesregierung ist vorhanden und startet in 2022. Die Idee eines „**Solarlandkreises Ravensburg**“ wurde von uns bereits angestoßen und muss zum Erreichen einer breiten Öffentlichkeit fortgeführt werden.

Nachholbedarf hat unser Landkreis massiv bei der Nutzung der **Windkraft**, die für 2022 vorliegenden Anfragen bitten wir zügig zu bearbeiten, unsere Grüne Unterstützung haben Sie! Die Vermischung der Debatte um mögliche Standorte im Altdorfer Wald mit dem laufenden Verfahren um das avisierte **Biosphärengebiet** „Oberschwäbisches Moor- und Hügelland“ macht uns insofern Sorge, dass damit in der Öffentlichkeit unter Umständen beiden Projekten die positive Wertschätzung abhanden kommen kann, was wir unbedingt vermeiden müssen. Wir brauchen beides: Windkraft und Moorschutz sind letztlich **Klimaschutz**, und dazu sind wir mittlerweile kraft Gesetz verpflichtet. Das Land hat seinen klaren Willen erklärt, den Weg zum Biosphärengebiet zusammen mit uns zu beschreiten, womit selbstverständlich die Gemeinden mit ihren politischen Gremien, aber auch wir als Kreistag im Sinne von **Zusammenhalt** gefordert sind. Die Kreisverwaltung darf demnach den Prozess nicht nur moderieren, nein, sie muss in den jeweiligen Gemeinden **selbst aktiv und präsent** sein und für unser Projekt werben. Ein Hintertreiben unserer Ideen weit im Vorfeld denkbarer Entscheidungen in den Gemeinden durch Grundeigentümer, Landbewirtschaftler und Verbände wie sie zuletzt in schriftlicher Form an die Landesregierung bekannt wurde, ist dabei gewiss nicht hilfreich.

Lassen Sie mich zum Schluss den Problemkreis **Migration** aufgreifen. Wie erheblich der neuerliche Anstieg der Zahlen ist, wurde bisher eher zurückhaltend nach außen kommuniziert, was wir angesichts der durch andere Themen aufgeregten Nachrichtenlage für sehr klug halten. Die Kreisverwaltung sucht für die Erstunterbringung ruhige Kontakte in die Gemeinden und hat vorsorglich schon im Oktober

beim notwendigen Personal entsprechende Weichen gestellt, eine aus unserer Sicht unterstützenswerte Strategie. An einer Stelle, die wir für sehr wichtig halten, möchten wir zusammen mit anderen Fraktionen noch nachtarieren: den Erhalt einer der auslaufenden Stellen für die **Koordination der Sprachkurse** für zwei weitere Jahre beantragen wir in einem gemeinsamen Papier.

Ich komme zum Schluss: unter der Voraussetzung, dass unseren beiden gemeinsamen stellenrelevanten Anträgen stattgegeben wird, stimmt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen der vorgelegten Haushaltssatzung 2022 des Kreistags im Sinne eines gesellschaftlichen **Zusammenhalts** und einer dringenden Aufforderung, für unser Klima zu **handeln**, zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Tilman Schauwecker, Fraktionssprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ravensburg, den 9.12.2021